

# LAND TAGS KURIER



Seite 6:  
Parlament befragt  
erstmals den  
Ministerpräsidenten



Seite 10:  
Haushaltsausschuss  
gibt Gelder für  
Corona-Hilfen frei



Seite 18:  
Neue Erkenntnisse über  
die Landtagsgeschichte  
von 1946 – 1952

Ausgabe  
3.20



**Sächsischer Landtag**



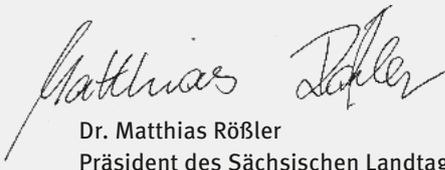
Foto: S. Giersch

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

Sachsen befindet sich inmitten einer weltweit ausgebrochenen Pandemie. Schnelles und konsequentes politisches Handeln, viel Solidarität und große Verantwortung der Menschen in unserer Gesellschaft sowie ein leistungsfähiges Gesundheitssystem haben uns bislang vor Schlimmerem bewahrt. Diesen vorläufigen Erfolg hat unsere Bürgergesellschaft jedoch zu einem hohen Preis erkaufte. Berufstätige, Unternehmen, Selbstständige – viele ächzen nun unter den wirtschaftlichen und sozialen Corona-Folgen. Familien sehen sich hohen Belastungen ausgesetzt, ältere Menschen, besonders jene in Pflegeeinrichtungen, leiden unter den ausbleibenden persönlichen Kontakten. Eingeschränkte Freiheit tut niemandem gut, weder unserer Demokratie noch dem Individuum. Wie jede und jeder, so sehe auch ich die Zeit herbei, in der all das Geschichte sein wird.

Bis dahin gilt es, die richtige Balance zu finden zwischen notwendigem Schutz und gebotenen Lockerungen. Das ist der Spagat, den die Politik jetzt auf allen Ebenen vollführen muss. Ein kluges Abwägen ist angezeigt. Es geht um nichts Geringeres als das Gemeinwohl in unserem Land. Und es geht um die bittere Wahrheit, dass wir als Gesellschaft vielleicht auch mit dem Virus zu leben lernen müssen. Die Debatten der 9. Sitzung des Sächsischen Landtags drehten sich beinahe ausnahmslos um diese Schwerpunkte. Der neue Landtagskurier gibt Ihnen unter anderem dazu einen Überblick.

Wenn wir nun die Beschränkungen Stück für Stück aufheben, dann sind in meinen Augen regionale Abweichungen ebenso unerlässlich wie wünschenswert. Lassen Sie uns doch die gelegentlich bemängelte Vielfalt unseres Föderalismus nutzen. Weshalb sollten Bundesländer, die aus verschiedenen Gründen vom Virus weithin verschont geblieben sind, nicht anders verfahren können als Regionen, die es härter getroffen hat? Ein solches Handeln stünde für politische Klugheit, zumal wenn es von Solidarität begleitet wird. Denn nicht nur die individuelle Freiheit, sondern auch die Solidarität mit anderen sollte uns bei dem leiten, was wir nun tun oder demnächst zu tun gedenken.

  
Dr. Matthias Rößler  
Präsident des Sächsischen Landtags

## PLENUM

9. Sitzung des Sächsischen Landtags <b>Schutzschirm für Beschäftigung und Wirtschaft</b> Staatsregierung will Betroffene in der Krise unterstützen .....	4
9. Sitzung des Sächsischen Landtags <b>»Ein Leben mit dem Virus möglich machen«</b> Ministerpräsident steht erstmalig dem Parlament Rede und Antwort .....	6
9. Sitzung des Sächsischen Landtags <b>Gastronomie und Hotels bangen um ihre Existenz</b> AfD kritisiert Schließungen und warnt vor gravierenden Folgen .....	8

## PARLAMENT

<b>Ausschusssitzungen in außergewöhnlichen Zeiten</b> Haushalts- und Finanzausschuss beschließt über 500 Millionen Euro Soforthilfen .....	10
<b>Laufende Gesetzgebung</b> .....	12
<b>Am Anfang war das Wort</b> Software übersetzt Parlamentsreden in Text und schafft damit barrierefreien Zugang .....	13

## AKTUELLES

<b>Der Landtag während der Corona-Pandemie</b> .....	16
--	----

## GESCHICHTE

<b>Das Konsens-Parlament</b> Studie zum sächsischen Landtag 1946 bis 1952 erschienen .....	18
---	----

## SERVICE

<b>Weitere Informationen</b> .....	20
------------------------------------	----

// Titel: Reduzierte Sitzordnung am 29. April im Plenum. // Foto: S. Floss

# Landtag sucht Wege zurück zur Normalität

Foto: S. Floss

// Auf der Tagesordnung der 9. Plenarsitzung des Sächsischen Landtags am 29. April 2020 stand eine Premiere: Erstmals befragten die Abgeordneten den amtierenden Ministerpräsidenten. Die Fragen und Antworten drehten sich dabei ausschließlich um die Auswirkungen der Corona-Pandemie in Sachsen. Zu diesem Thema gab es ebenfalls eine Fachregierungserklärung sowie eine Aktuelle Debatte. //



// Jan Hippold // Jörg Urban // Nico Brünler // Gerhard Liebscher // Henning Homann // Fotos: S. Floss

# Schutzschirm für Beschäftigung und Wirtschaft

*Dr. Thomas Schubert*

Staatsregierung will Betroffene in der Krise unterstützen

## Staatsregierung: Epochale Herausforderung für alle

Die Corona-Krise sei eine epochale Herausforderung, die sämtliche Lebensbereiche beeinträchtigt, hob Wirtschaftsminister Martin Dulig, SPD, an. Dabei sei die Pandemie keine Folge politischer Entscheidungen, sondern vergleichbar mit einem Naturereignis. Überall auf der Welt erlebe man einen Einbruch der Wirtschaft. Auch in Sachsen hinterlasse das Virus tiefe Spuren im Wirtschaftsleben.

// Der Sächsische Landtag kam am 29. April 2020 zu seiner 9. Sitzung zusammen. Die Sitzung begann mit einer Fachregierungserklärung zum Thema »Existenzen retten, Verluste mildern, kraftvoll aus der Krise: Ein solidarischer Schutzschirm für Arbeit und Wohlstand«. Die Fraktionen hatten sich auf eine reduzierte Sitzordnung im Plenarsaal verständigt. Außerdem übersetzte ein Gebärdensprachdolmetscher. //

Die Staatsregierung habe dabei rasch reagiert. Das Ziel ihrer Maßnahmen sei die Existenzsicherung, sowohl mit Blick auf den Lebensunterhalt von Familien als auch den Bestand von Unternehmen. Mit vielfältigen Zuschuss- und Darlehensprogrammen werde Selbstständigen und Unternehmen

geholfen. In Abstimmung mit dem Bund habe man einen Schutzschirm für Beschäftigung und Wirtschaft aufgespannt. Jedoch bedürfe es, so Dulig, in seinen Augen einer sofortigen Aufstockung des Kurzarbeitergeldes auf 80 bzw. 87 Prozent. Für die Zeit nach der Pandemie sei ein nach-

haltiges Impulsprogramm nötig, das Wirtschaft und Arbeit beim Druchstarten unterstütze.

## AfD: Parlamentarische Kontrolle notwendig

In der sich anschließenden Aussprache übte Jörg Urban, AfD, harsche Kritik an der Staatsregierung. Diese stelle sich heute als Heilbringerin in der Krise dar, dabei sei sie es doch selbst gewesen, die die sächsische Wirtschaft lahmgelegt habe. Leere Innenstädte

oder Geschäfte, all das gehe auf ihr Konto. Damit einher gingen massive Eingriffe in die Bürgerrechte, die parlamentarische Mitbestimmung sei außer Kraft gesetzt. Bedenken und Kritik würden abgewürgt. Die Willkürentscheidungen der Regierung seien weder wissenschaftlich fundiert noch sachlich nachvollziehbar. Seine Fraktion, so Urban, wolle daher im Landtag die Einrichtung eines zeitlich befristeten Corona-Ausschusses beantragen. Zudem frage man sich, weshalb Sachsen mit seinen Hilfsprogrammen weniger tue als andere Bundesländer. Die Realitätsferne der Staatsregierung sei erschreckend. Die CDU-geführte Regierung habe Sachsen seit Jahren sehenden Auges in den wirtschaftlichen Abschwung geführt. Die Corona-Krise habe das nur beschleunigt.

### CDU: Betroffenen Branchen zur Seite stehen

Nachdem der CDU-Fraktionsvorsitzende Christian Hartmann in einer Kurzintervention der AfD fehlende Ernsthaftigkeit und Politiklamauk vorgeworfen hatte, ergriff Jan Hippold, CDU, das Wort. Die Corona-Pandemie habe schwerwiegende Auswirkungen auf das Leben und die Wirtschaft in Sachsen. Besonders betroffen seien Bereiche wie Hotellerie, Gastronomie, der Einzelhandel, die Tourismusbranche oder die Kulturwirtschaft, aber auch die Industrie sehe sich vor historischen Herausforderungen. Die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt seien erheblich. Die Politik sei nun gefragt, Arbeitgebern wie Arbeitnehmern zur Seite zu stehen. Dies geschehe mit Lockerungsmaßnahmen wie mit Maßnahmenpaketen für alle betroffenen Branchen, insbesondere für Kleinunternehmen und den Mittelstand. Zudem müsse im kommenden Haushalt ein Förderprogramm geschaffen werden,

das Investitionen und Innovationen anrege. Parallel seien die richtigen wirtschaftlichen Lehren aus der Krise zu ziehen.

### DIE LINKE: Menschen im Mindestlohnbereich helfen

Vernünftig, so Nico Brünler, DIE LINKE, sei der verkündete Zuschuss zur Auszubildendenvergütung bei von Kurzarbeit betroffenen Betrieben. Die Regelung zeige, dass flankierende Landesmaßnahmen bei der Kurzarbeit möglich seien. Er frage sich daher, weshalb dies nicht auch auf den Niedriglohnbereich zutreffe. Menschen mit Mindestlohn würden bislang bei den Verbesserungen beim Kurzarbeitergeld vergessen. Nötig sei ein Landesprogramm, das das Kurzarbeitergeld bis zur Höhe des Mindestlohnes aufstocke. Man dürfe nicht einfach hinnehmen, dass diese Menschen zusätzlich Hartz IV benötigten. Zu einem krisenfesten Sozialsystem gehöre auch eine sanktionsfreie und bedarfsdeckende Grundsicherung. Wenn man von prekären Beschäftigungsverhältnissen rede, dann meine das oft auch kleine Selbstständige. Mittel vom Freistaat bekomme jedoch nicht, wer sie momentan am dringendsten brauche, sondern wer am ehesten in der Lage sei, sie zurückzugeben. Mit zielgenauer Hilfe habe das nur bedingt zu tun.

### BÜNDNISGRÜNE: Umdenken und Veränderung erforderlich

Die Pandemie sei ein Stress-test, befand Gerhard Liebscher, BÜNDNISGRÜNE. Landtag und Staatsregierung hätten in den vergangenen Wochen entschlossen gehandelt, um die Auswirkungen der Pandemie in Sachsen zu bekämpfen. Auch wenn momentan noch die

Krisenbewältigung im Zentrum stehe, solle man bereits jetzt die Weichen für eine nachhaltige Erholung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt im Freistaat stellen. Umdenken und Veränderung seien erforderlich, stehe am Ende der Corona-Krise schließlich keine heile Welt. Der existierende Transformationsdruck durch Klimakrise, Flucht und Migration, soziale Verwerfungen oder Ressourcenerschöpfung werde dann deutlich verstärkt spürbar. Die nun nötige einzigartige Kraftanstrengung müsse daher genutzt werden, um so viel wie möglich zur Bewältigung aller

aus der Krise lernen. Das sei richtig. Vor allem aber müsse man aus den Krisen der Vergangenheit seine Lehren ziehen. Die Reaktion auf die Wirtschafts- und Finanzkrise 2010 sei in Sachsen eine katastrophale Kürzungspolitik gewesen. Während in Berlin Steuergeschenke verteilt worden seien, habe man in Sachsen bei den Lehrern und der Polizei gekürzt und Zukunftsinvestitionen versäumt. Das dürfe sich nicht wiederholen. Man müsse bewusst einen anderen Weg gehen als vor zehn Jahren und die Krise sozial abfedern. Nötig sei, in



existenzbedrohenden Krisen beizutragen. Alle Entscheidungen müssten an nachhaltigen Kriterien ausgerichtet werden – ob bei Klimaschutz, guter Arbeit, Geschlechtergerechtigkeit oder stärkerer regionaler Wertschöpfung.

### SPD: Keine neue Kürzungspolitik

Henning Homann sprach für die Fraktion der SPD. Es werde ständig gesagt, man müsse

die Zukunft zu investieren und neue Impulse zu setzen. Der Rezession müsse ein kräftiger Aufschwung folgen. Das gehe nicht mit Kürzungspolitik, sondern brauche kluge Investitions-, Innovations- und Konjunkturprogramme. Dabei dürfe nicht der Eindruck entstehen, für die Wirtschaft stünden Milliarden zur Verfügung, nicht aber für den Schutz der Beschäftigten. Die Beschäftigtenperspektive gehöre in der Corona-Krise in den Mittelpunkt.



*Dr. Daniel Thieme*

9. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Michael Kretschmer // Fotos: S. Floss

# »Ein Leben mit dem Virus möglich machen«

Ministerpräsident steht erstmalig dem Parlament Rede und Antwort

// Inmitten der Corona-Pandemie erlebte der Landtag eine Premiere: Zum ersten Mal konnten die Abgeordneten auf der Plenarsitzung am 29. April 2020 den amtierenden Ministerpräsidenten Michael Kretschmer befragen. Das von der Regierung festgelegte Thema lautete: »Stärker als das Virus – Sachsen hält zusammen im Kampf gegen Corona«. //

In den vergangenen Jahren war die Befragung von Staatsministerinnen und Staatsministern fester Bestandteil des zweiten Plenartages. Seit Anfang der 7. Wahlperiode erlaubt es die Geschäftsordnung des Sächsischen Landtags, auch den Ministerpräsidenten einmal pro Jahr zu einem aktuellen Thema zu befragen. Das Verfahren sieht zunächst fünf Minuten für ein Eingangsstatement des Ministerpräsidenten vor. Anschließend sind die Abgeordneten aus allen Fraktionen am Zug, um in einer festgelegten Reihenfolge nachzuhaken. Eine Frage darf laut Geschäftsordnung nicht mehr als eine Minute, die Antwort nicht mehr als drei Minuten dauern. Insgesamt

sind 45 Minuten vorgesehen. Nach diesem Muster verlief auch die Premiere der Ministerpräsidentenbefragung am 29. April 2020. Befragungen der Staatsregierung zählen zu einem wichtigen Instrument des Parlaments, um das Regierungshandeln zu kontrollieren. Auch in anderen Landtagen sowie im Deutschen Bundestag ist diese Praxis üblich.

## Ministerpräsident: Maßvolle Lockerungen

In seiner Eingangsrede verteidigte Ministerpräsident Michael Kretschmer, CDU, die in der Corona-Pandemie getroffenen Entscheidungen. Man habe mit



// Rico Gebhardt

Maß und Mitte entschieden und darauf geachtet, dass die gesellschaftlichen und die wirtschaftlichen Kosten so niedrig wie möglich blieben. Nur durch das drastische Anhalten der rapide ansteigenden Infektionszahlen sei es gelungen, schweres Leid von den Menschen abzuwenden. Nun könne es wieder Lockerungen geben, allerdings müsse man in den kommenden Wochen schauen, wie sich die Infektionszahlen

entwickelten. Aufgrund wissenschaftlicher Erkenntnisse habe sich Sachsen dazu entschlossen, einen Mund- und Nasenschutz vorzuschreiben, und sei damit zum Vorbild für alle anderen Bundesländer geworden. Man habe gemeinsam daran gearbeitet, ein Leben mit dem Virus möglich zu machen. Dazu gehöre auch die Frage, wie im Bereich der Gastronomie, der Kindergärten und Schulen etwas vorangehen könne.



### CDU: Ist eine Ausweitung der Tests sinnvoll?

*Im Anschluss daran begann Alexander Dierks mit der Fragerunde der Abgeordneten. Man habe in den letzten Wochen gelernt, mit dem Virus umzugehen, ein ganz wesentliches Thema blieben aber die Tests. Wie würden sich die Testkapazitäten gegenwärtig entwickeln und welchen Beitrag könnte eine weitere Ausweitung leisten?*

Michael Kretschmer betonte, dass die Möglichkeit des Testens entscheidend sei, um Infektionsketten zu unterbrechen. Gegenwärtig sei man in der Lage, 10.000 Tests täglich durchzuführen, doch nur wenige Bürgerinnen und Bürger ließen sich aktuell testen. Daher nutze man die Kapazitäten derzeit für eine Vielzahl klinischer Studien. Wichtig bleibe es außerdem, bei einem Verdacht auf eine Erkältung die Ärzte der Corona-Ambulanz aufzusuchen.



### AfD: Welche Perspektive haben Familien?

*Christopher Hahn bezog seine Frage auf Äußerungen vom 19. April in der Fernsehtalkshow ANNE WILL. Der Ministerpräsident habe damals von einem Plan für die stufenweise Öffnung der Bildungseinrichtungen und Kitas gesprochen. Um welchen konkreten Zeitplan handele es sich dabei und welchen Horizont stelle er Eltern am heutigen Tag in Aussicht?*

Der Ministerpräsident erwiderte, ein Stufenplan würde seit dem 20. April vorliegen. Eine so gute Vorbereitung sei nicht in allen Bundesländern gelungen. Ab dem 4. Mai kehrten die Klassen zurück, die im nächsten Jahr ihre Prüfungen ablegten, sowie die Kinder der 4. Klassen. Ab dem 25. Mai hole man anschließend auch alle anderen Schüler mit einem rollenden System wieder an die Schulen zurück. Es gehe darum, nicht nur in Schulen, sondern auch in Kindergärten die Gruppen klein zu halten.



### DIE LINKE: Muss der Koalitionsvertrag geändert werden?

*Rico Gebhardt bezog sich auf eine Aussage des sächsischen Finanzministers, nach der mit den Folgen der Pandemie einige Punkte des Koalitionsvertrags infrage stünden. Stimme der Ministerpräsident der Auffassung zu, dass wegen der Corona-Krise neu verhandelt werden müsse oder man zumindest Abstriche in den Vereinbarungen mache?*

Der Finanzminister habe zunächst einmal recht, wenn er von einer dramatischen Situation spreche, pflichtete der Ministerpräsident bei. Schließlich habe man erst vor einigen Wochen ein Kreditvolumen in Höhe von 6 Milliarden Euro aufgenommen. Man werde dennoch an den genannten Prioritäten des Koalitionsvertrages festhalten. Möglich sei es jedoch auch, dass das eine oder andere Projekt etwas später beginne oder man kleinere Maßnahmen vorziehe.



### BÜNDNISGRÜNE: Notbetreuung für Kinder von Alleinerziehenden?

*Über die Notbetreuung der Kinder in Kitas und Schulen zu sprechen, sei richtig und wichtig, befand Christin Melcher. Werde es demnächst weitere Erleichterungen für Alleinerziehende geben oder zumindest eine Lockerung für Härtefälle, zu denen vor allem Alleinerziehende zählten? In Sachsen-Anhalt sei dies ab 4. Mai möglich.*

Man sei nach wie vor im Modus der Notbetreuung, auch wenn die Zahl derer zunehme, die einen Anspruch hätten, antwortete Ministerpräsident Michael Kretschmer. Man werde ab dem 25. Mai hoffentlich wieder zum Regelbetrieb kommen, wenn auch mit kleineren Gruppen. Gegenwärtig kläre man organisatorische Fragen zu diesem Thema. Sachsen könne frühzeitiger als andere Bundesländer lockern, da es derzeit eine sehr geringe Anzahl von Infektionen gebe.



### SPD: Wie ist der Stand bei den Kita-Beiträgen?

*Sabine Friedel bezog ihre Frage auf finanzielle Aspekte der Kita-Schließungen. Erfreulicherweise sei es gelungen, gemeinsam mit den Kommunen eine Regelung zu finden, nach der Elternbeiträge aktuell nicht gezahlt werden müssten. Es sei allerdings gegenwärtig nicht klar, ob diese Praxis fortgesetzt werde. Wie sei der aktuelle Stand bei den Kita-Beiträgen?*

Der Ministerpräsident stellte zunächst klar, dass bis zum 20. April die Elternbeiträge vollständig ausgesetzt waren und auch danach nur dann gezahlt werden müssten, wenn Kinder tatsächlich betreut würden. Diese Regelung solle auch nach dem 3. Mai fortbestehen und bis zum Beginn einer Regelbetreuung gelten. Es gebe zudem eine Zusage der Bundesregierung, nach der man die kommunale Ebene sowie die Länder nicht mit den anfallenden Kosten alleinlassen wolle.



// Jörg Urban während der 9. Plenarsitzung // Fotos: S. Floss

# Gastronomie und Hotels bangen um ihre Existenz

*Dr. Daniel Thieme*

AfD kritisiert Schließungen und warnt vor gravierenden Folgen

// Auf seiner 9. Sitzung am 29. April 2020 debattierte der Sächsische Landtag über das Thema: »Wo geht die Reise hin? Sachsens Tourismus und die Corona-Krise«. Die AfD-Fraktion hatte die Debatte beantragt. DIE LINKE, BÜNDNISGRÜNE und SPD verzichteten weitgehend auf eigene Redebeiträge, da das Thema aus ihrer Sicht bereits während der zuvor stattgefundenen Fachregierungserklärung erörtert worden sei. //

## AfD: Wirksame Soforthilfen notwendig

Die Corona-Krise werde in die Geschichte eingehen, weil die Regierung den wirtschaftlichen Totalausfall im Tourismussektor billigend in Kauf genommen habe, eröffnete Mario Kumpf, AfD, die Debatte. Seit mehreren

Wochen müssten nunmehr die Gastronomen und Veranstalter im Tourismussektor um ihre Betriebe bangen. In der Branche fehle es an jedem Verständnis für das verhängte Ausübungsverbot. Der entstandene Schaden sei noch nicht abzusehen, ein flächendeckendes Massensterben von Familienunternehmen

und Kleinbetrieben jedoch nur noch eine Frage von Wochen. Das vom Freistaat Sachsen aufgelegte Hilfsprogramm werde seinem Anspruch nach sofortiger Unterstützung nicht gerecht. Tausende Unternehmer hätten bisher weder das erhoffte Geld gesehen noch überhaupt die Möglichkeit gehabt,

welches zu beantragen. Besonders für die Gastronomie im ländlichen Raum sei es schwer genug, ihre Gasthöfe am Laufen zu halten. In dieser Situation böten Kredite eine falsche Sicherheit, da sie die Unternehmen zunächst beruhigten, sie aber später in die Knie zwängten.

## CDU: Regeln für einheitlichen Gesundheitsschutz

Man könne keinesfalls behaupten, dass die Regierung das Land herunterfahre und Betriebe

// Jörg Markert



// Mario Kumpf



// Antje Feiks



// Gerhard Liebscher



// Sabine Friedel



Anhand von Sofortmaßnahmen des Bundes wurden bereits mehr als 55 Millionen Euro ausgezahlt und weitere 61 Millionen fließen über ein Landesprogramm.



// Barbara Klepsch

9. Sitzung des Sächsischen Landtags

zuschließen, entgegnete Jörg Markert, CDU. Das Ziel jeglicher Maßnahmen bleibe der Schutz der Gesellschaft. Das Virus und die Suche nach einem Impfstoff bestimmten gegenwärtig den Maßstab. Gleichwohl müsse man über Lockerungen sprechen. Die Hälfte des Bruttoumsatzes der Tourismusbranche in Sachsen werde durch Tagesreisen erwirtschaftet. Schon jetzt ließen sich die gravierenden Verluste infolge der Corona-Pandemie nicht ohne Weiteres wettmachen. Ein Schnitzel, das nicht gegessen oder eine Übernachtung, die nicht gebucht werde, könne man nicht einfach nachholen. Aus diesem Grund müsse man zwischen der Mobilität und dem Freizeitbedürfnis der Menschen sowie ihrer Gesundheit abwägen. Es lägen gute Vorschläge auf dem Tisch, wie beides in Einklang kommen könne. Dazu zählten bundeseinheitliche Grundsätze zum Einhalten von Schutz- und Hygieneregeln, Mindestabstände, das Anlegen von Mund- und Nasenschutz sowie Kundenlenkung. Die

Frage nach gesundheitlicher Sicherheit sei auch für die Kunden wichtig.

### DIE LINKE und BÜNDNISGRÜNE: Bereits alles gesagt

Anschließend sah die Reihenfolge Antje Feiks, DIE LINKE, als Rednerin vor. Die Abgeordnete verzichtete jedoch auf die ihr zustehende Redezeit. Man sei sich im Vorfeld zwischen den Fraktionen einig gewesen, die Plenarsitzung aus Gründen des Gesundheitsschutzes nur in reduzierter Form stattfinden zu lassen und sich nur auf das unbedingt Notwendige zu konzentrieren. Außerdem habe es zu Beginn des heutigen Tages eine Regierungserklärung zum Thema Wirtschaft gegeben. Dort hätte die AfD ihre jetzt vorgetragenen Punkte einbringen können. Sie selbst habe bereits in der vorherigen Debatte alles gesagt, was der Fraktion am Herzen liege.

Gerhard Liebscher, BÜNDNISGRÜNE, schloss sich der Vorrednerin an. Seine Fraktion

werde ebenfalls auf die zur Verfügung stehende Redezeit verzichten, da bereits alles zu diesem Thema gesagt sei.

### SPD: Auch Menschen kämpfen ums Überleben

Sabine Friedel, SPD, wies ebenfalls darauf hin, das Thema sei bereits in der Fachregierungserklärung sowie in der vorangegangenen Regierungsbefragung ausreichend erörtert worden. Vier von fünf Fraktionen im Landtag hätten sich darauf verständigt, keine Aktuelle Debatte zu beantragen. Eine Fraktion jedoch habe dies anders gesehen. Es zeige sich an diesem Sachverhalt einmal mehr, wie weit die Frage von Solidarität, Zusammenhalt und pragmatischem Vorgehen in der Krise reiche. Bis auf eine Seite gelte dies für alle im Parlament. Davon abgesehen wäre es verschwendete Zeit, alle unzutreffenden Angaben zu staatlichen Programmen, Zuschüssen und Darlehen zu korrigieren. In den Redebeiträgen der AfD kämen die Worte Existenzbedrohung, flächendeckendes Massensterben oder Überlebenseicherung nur in Verbindung mit Tourismus, Gastronomie und Wirtschaft vor, nicht einmal aber im Zusammenhang mit Menschen. Das ganze Land befinde sich in einer schwierigen Situation, man habe aber immer zwei Seiten zu bedenken: das Überleben der Gastronomie und das Überleben von Menschen.

### Staatsregierung: Miteinander sprechen und abwägen

Allen sei die Dramatik der Situation bewusst, stellte die Staatsministerin für Kultur und Tourismus Barbara Klepsch, CDU, fest. Noch im Februar 2020 habe man sich gemeinsam über

ein Rekordergebnis bei den Übernachtungen in Sachsen gefreut. Jetzt fehlten im Bereich Tourismus allein für die Monate März und April 1,2 Milliarden Euro Umsatz. Ohne langfristige Unterstützung könne es dieser Bereich nicht schaffen. Man verstehe die Forderung nach Lockerungen, befinde sich aber weiterhin in einer gefährlichen Pandemie. Das Virus sei nicht nur kurz oder vorübergehend da. Es gehe darum, miteinander zu sprechen, abzuwägen und verantwortungsbewusst zu entscheiden. Anhand von Sofortmaßnahmen des Bundes seien bereits mehr als 55 Millionen Euro ausgezahlt worden und weitere 61 Millionen fließen über ein Landesprogramm. Weitergehende wichtige Forderungen seien das Thema Ausbildungsvergütung in Betrieben mit Kurzarbeit sowie die Senkung der Mehrwertsteuer. In einem nächsten wichtigen Schritt des stufenweisen Neustarts stehe nun die Öffnung von Museen, Bibliotheken und Zoos an.



Zu Beginn der Sitzung am 29. April trauerte der Sächsische Landtag um zwei ehemalige Abgeordnete.

Am 22. März verstarb **Kurt Stempell, CDU**. Er gehörte dem Landtag von 1990 bis 2004 an. In dieser Zeit galt sein besonderes Augenmerk den Bereichen Soziales, Gesundheit und Familie sowie Jugend und Sport. In der Ausschussarbeit erwarb sich Stempell fraktionsübergreifende Anerkennung.

Der frühere **CDU-Abgeordnete Christian Hauck** verstarb am 29. März. Er gehörte zu jenen, die nach der Friedlichen Revolution politische Verantwortung in Sachsen übernommen hatten. Ab 1990 war er für zwei Wahlperioden Mitglied des Landtags und wirkte dabei unter anderem im Ausschuss für Wohnen, Bauen und Verkehr.

// Was sich in der Ausschusswoche Anfang März dieses Jahres nur angedeutet hatte, wurde schon zwei Wochen später für die weitere Arbeit im Ausschussdienst des Landtags prägend: Auflagen für Versammlungen, Kita- und Schulschließungen, Quarantänemaßnahmen für Urlauber und vieles mehr beeinträchtigten sämtliche Abläufe. //



# Ausschusssitzungen in außergewöhnlichen Zeiten

Janina Wackernagel

Haushalts- und Finanzausschuss beschließt über 500 Millionen Euro Soforthilfen

Foto: S. Floss

Wie in vielen anderen Bereichen auch, musste in den Ausschüssen einerseits rasch über zu bearbeitende Inhalte entschieden werden: Welche Aufgaben erhalten Priorität? Welche Themen lassen sich möglicherweise verschieben? Andererseits waren auch die organisatorischen Rahmenbedingungen zu klären, von veränderten Raumanforderungen für Sitzungen über Kontakteinschränkungen unter Mitarbeitern bis hin zur Schaffung neuer digitaler Kommunikationskanäle. Dabei war abzuwägen zwischen den Gefahren für Abgeordnete und Beschäftigte sowie der Notwendigkeit, den parlamentarischen Betrieb aufrechtzuerhalten.

Prägend war dabei die Geschäftsordnung des Landtags: Ausschusssitzungen lassen sich nämlich nicht in den digitalen Bereich verlagern, wenn ihre Beschlüsse rechtsverbindlich sein sollen. So galt es also zu entscheiden, welche Ausschüsse Anfang April unter welchen Bedingungen unbedingt

tagen sollten. Die Fraktionen einigten sich auf den für Gesundheitsthemen zuständigen Sozialausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Innenausschuss sowie den Haushalts- und Finanzausschuss.

## Neue Wege und Beratungsformen

Für diese Ausschusssitzungen gab es besondere Auflagen. Um ausreichend Abstand zwischen den Teilnehmern zu ermöglichen, tagten alle Ausschüsse im Plenarsaal. Das ist normalerweise nicht üblich. Zusätzlich wurden die Tagesordnungen eingedampft auf Themen, für deren Bearbeitung Fristen einzuhalten waren oder die im Zusammenhang mit der Pandemie standen. Alle geplanten öffentlichen Anhörungen wurden verschoben.

Diejenigen Ausschüsse, die im April nicht tagen konnten, wählten neue Formate, um den Informationsfluss aufrecht-

zuerhalten und mit der Staatsregierung im Austausch zu bleiben. Da die Geschäftsordnung Telefon- oder Videokonferenzen als Ersatz für reguläre Sitzungen nicht vorsieht, gab es im Landtag bis zum Ausbruch der Corona-Pandemie keine Notwendigkeit dafür. In Krisenzeiten braucht es aber nun einmal neue Mittel und Wege, und so war es der Ausschuss für Wissenschaft, Hochschule, Medien, Kultur und Tourismus, der als erster Ausschuss in der Geschichte des Sächsischen Landtags eine Webkonferenz abhielt.

## Mehr als eine halbe Milliarde an Hilfen freigeben

Eine ganz besondere Rolle spielte in den vergangenen Wochen der Haushalts- und Finanzausschuss (HFA), wurden hier doch sehr weitreichende Beschlüsse mit erheblichen finanziellen Auswirkungen ge-

fasst. Alle beschlossenen Maßnahmen sollen dazu beitragen, die Lasten der Krise u. a. für die Wirtschaft, Krankenhäuser, Schulen, Kitas, den Sport oder die Kulturschaffenden im Freistaat erträglicher zu machen.

Um die Gelder rasch dorthin zu bringen, wo sie dringend notwendig sind, tagte der HFA in mehreren Sondersitzungen. So wurden Maßnahmen im Umfang von rund 750 Mio. Euro vorgestellt, die zuvor bereits vom Plenum bewilligt worden waren. Anschließend wurden vom HFA weitere rund 700 Mio. Euro an zusätzlichen Mitteln bewilligt. Um die Maßnahmen zu finanzieren, erteilte der Ausschuss seine Einwilligung in eine geplante Inanspruchnahme der Kreditemächtigung in Höhe von 532.516.800 Euro. Die Abgeordneten des Ausschusses gaben also mehr als eine halbe Milliarde Euro für landesweite Hilfen frei. Sie sind breit über alle Bereiche gefächert (siehe Grafik S. 11) und in ihrem Umfang historisch.

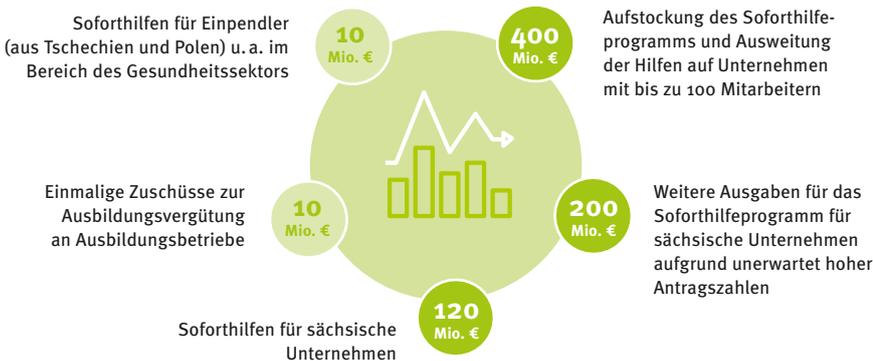
# GEPLANTE VERTEILUNG DER HILFSGELDER

- € über 100 Mio.
- € über 10 bis 100 Mio.
- € über 1 bis 10 Mio.
- € bis 1 Mio.

## SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR SOZIALES UND GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALT



## SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, ARBEIT UND VERKEHR



## SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM DES INNERN



## SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT, KULTUR UND TOURISMUS



## SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR KULTUS



## SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR ENERGIE, KLIMASCHUTZ, UMWELT UND LANDWIRTSCHAFT



# LAUFENDE GESETZGEBUNG

STAND: 29. April 2020

TITEL   EINBRINGER	ERLÄUTERUNG	STATUS
Gesetz zur Neuregelung der Zuständigkeit für die Telemedienaufsicht, 7/2056   Staatsregierung	Der Gesetzentwurf sieht vor, die Zuständigkeit der Telemedienaufsicht von der Landesdirektion Sachsen auf die Sächsische Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien zu übertragen.	Überweisung an den Ausschuss für Wissenschaft, Hochschule, Medien, Kultur und Tourismus
Erstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens »Beseitigung Schadensfolgen Extremwetterereignisse – Forst«, 7/2072   CDU, BÜNDNISGRÜNE, SPD	Rund 52 Millionen Euro beabsichtigt die Staatsregierung zusätzlich einzusetzen, um durch den Borkenkäfer, Stürme und Dürre entstandene Waldschäden zu beseitigen.	Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss (federführend) sowie an den Ausschuss für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft
Gesetz über pauschale Zuweisungen an die Kommunen zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie, 7/2194   AfD	Die sächsischen Kommunen sollen im Jahr 2020 einmalig Geld erhalten, um die Auswirkungen der Corona-Pandemie leichter abzufangen. Geplant ist ein Gesamtvolumen von 600 Millionen Euro.	Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss (federführend) sowie an den Ausschuss für Inneres und Sport
Gesetz zur Anpassung des Sächsischen Ingenieurgesetzes und des Sächsischen Architektengesetzes an die Richtlinie 2005/36/EG, 7/2214   Staatsregierung	Die im Gesetzentwurf enthaltenen Anpassungen beziehen sich unter anderem auf eine EU-rechtskonforme Ausgestaltung der Gesetze, eine neue freiwillige Juniormitgliedschaft im Bereich der Architektenkammer sowie geänderte Bestimmungen zur Aufwandsentschädigung beim Versorgungswerk der Architektenkammer.	Überweisung an den Ausschuss für Regionalentwicklung

## ABGESCHLOSSENE GESETZGEBUNG

Gesetz zum Dreiundzwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag, 7/679   Staatsregierung	Der Entwurf sieht vor, dass Inhaber von mehreren Wohnungen für diese nicht mehr als einen vollen Rundfunkbeitrag bezahlen müssen.	angenommen
---	---	------------

Die Darstellung zeigt den Stand der Gesetzentwürfe, die bis 29. April 2020 in den Sächsischen Landtag eingebracht, debattiert, beraten, abgelehnt oder angenommen wurden. Entwürfe mit unverändertem Status werden nicht aufgeführt.

# Lesbare Sprache dank intelligenter Software

// Digitales Mischpult der Medientechnik des Plenarsaals // Foto: S. Floss

// Um das gesprochene Wort der Parlamentsreden barrierefrei ins Internet zu senden, setzt die Landtagsverwaltung seit Herbst 2019 auf ein besonderes Projekt. Eine Software, die Sprache in Schrift übersetzt, untertitelt automatisch die Videoübertragung von Plenarsitzungen. Die Technik, die der Landtag in Kooperation mit dem Fraunhofer-Institut entwickelte, ist im deutschsprachigen Raum bisher einmalig. //

# Am Anfang war das Wort

Software übersetzt Parlamentsreden in Text und schafft damit barrierefreien Zugang

Foto: ©peshkov – stock.adobe.com

## Dr. Daniel Thieme

// Mit dem Wunsch einer softwaregestützten Liveuntertitelung von Plenardebatten wagte sich der Sächsische Landtag vor drei Jahren auf neues Terrain vor. Die Landtagsverwaltung hatte sich das Ziel gesetzt, die Übertragung der Plenardebatten über die Internetseite barrierefrei zu gestalten. Seit Beginn der Wahlperiode ist das System im Einsatz. Die Spracherkennung bewältigt regionale Dialekte und neue Begriffe nahezu mühelos, muss aber trotzdem noch lernen. Andere Parlamente im deutschsprachigen Raum zeigen bereits Interesse. //

»Kirk an Computer, Eintrag ins Logbuch ...«, so klang es in den 1980er-Jahren, wenn der Kommandant des Raumschiffs Enterprise eine Aufzeichnung für das Protokoll abgab. Auf den Sprachbefehl hin sprang in der Science-Fiction-Serie der Bordcomputer an, hörte zu und legte die Eingabe in den digitalen Speicher ab. Wenn heute Computer oder Künstliche Intelligenz Sprache in Schrift übersetzen, ist das schon lange keine Zukunftsmusik aus fernen Galaxien mehr. Digitale Sprachassistenten, die unsere Sprache erkennen und verarbeiten, gehören mittlerweile zu unserem Alltag. Sie sind nützliche Helfer in unserer digitalen Welt und unterstützen nun auch die öffentliche Kommunikation im Sächsischen Landtag.

## Untertitel ermöglichen Barrierefreiheit

Was zunächst wie eine nette Spielerei klingt, ermöglicht vielen Menschen die ersehnte gesellschaftliche Teilhabe und

mehr Lebensqualität. Hörgeschädigten oder gehörlosen Menschen war es bisher nicht möglich – vom Einsatz von Gebärdensprachdolmetschern abgesehen –, einer aktuellen Plenarsitzung zu folgen, da sie die Rednerinnen und Redner nicht hörten. Sie mussten darauf verzichten, den Debatten zu folgen, und konnten nur nachträglich, etwa aus der Medienberichterstattung oder dem geschriebenen Protokoll, Informationen gewinnen. Der direkte Eindruck blieb ihnen verwehrt.

Aus diesem Grund begannen nicht nur im Sächsischen Landtag, sondern auch in anderen Landesparlamenten verschiedene Überlegungen, wie man diese Personengruppe an der Übertragung der Plenarsitzungen besser teilhaben lassen könnte. Den Wunsch nach einer Liveübertragung mit Untertitel setzten zuerst die Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg in die Realität um. Anstatt einer softwaregestützten Übersetzung vertraut man in den dortigen Landtagen jedoch

auf Menschen, die das gesprochene Wort simultan in Text übertragen in die Videoübertragung der Plenarsitzung einspeisen.

## Kostengünstige und zeitgemäße Lösung

Der Sächsische Landtag steckte sich vor einigen Jahren ebenfalls das Ziel, politische Inhalte barrierefrei anzubieten. In der Art und Weise, wie dieses Thema angegangen und umgesetzt wurde, beschritt die Verwaltung jedoch einen anderen, neuartigen Weg. Anstatt Untertitel für die Übertragung manuell zu produzieren, suchte der Leiter des Referats »Haushalt und Informationstechnik«, Kilian Kindler, nach einer softwarebasierten und computergestützten Lösung. Er hatte eine zeitgemäße wie kostengünstige Variante vor Augen.

Software, die Sprache erkennt, ist seit Ende der 1990er-Jahre marktreif und wird vor allem im Gesundheitswesen und der



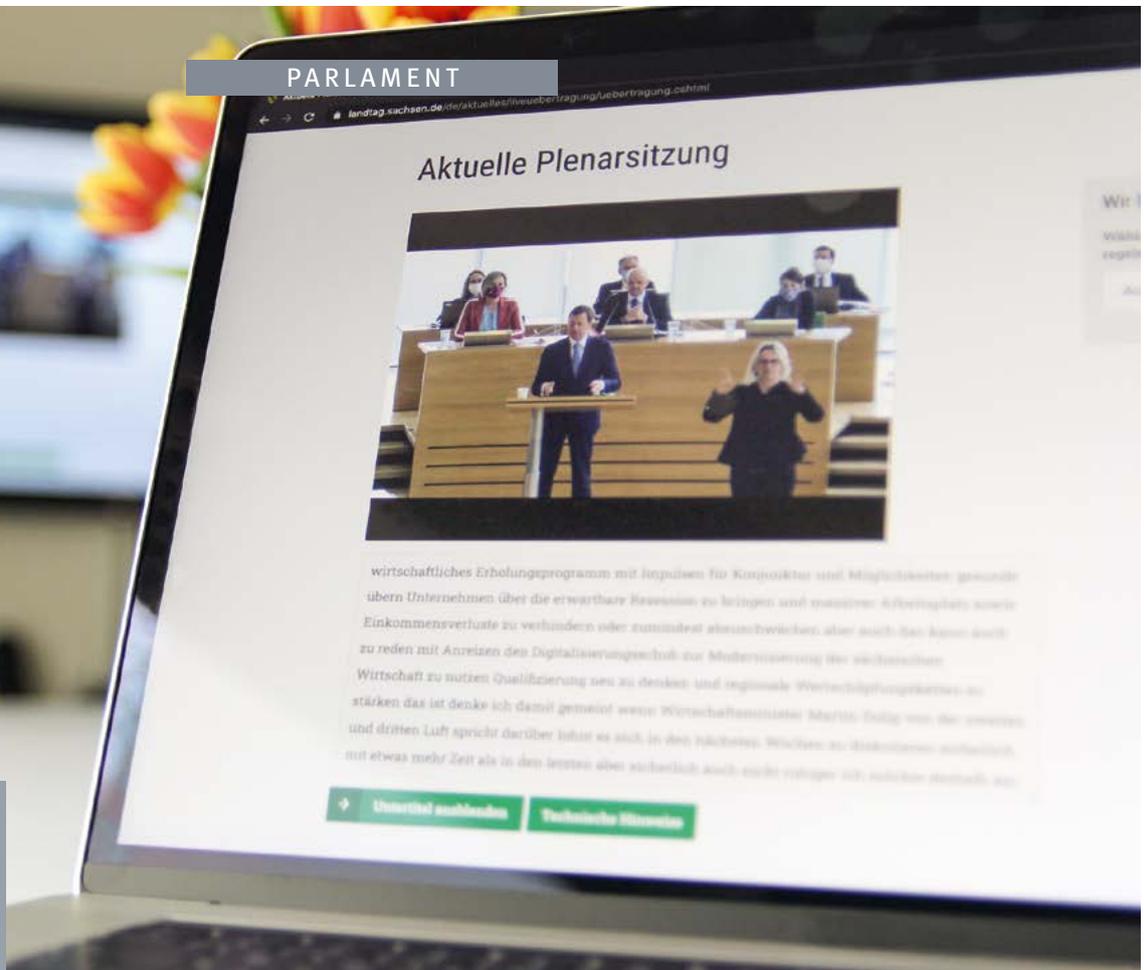


Foto: Ö GRAFIK



**LINK ZUR LIVEÜBERTRAGUNG**  
[www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/liveuebertragung/index.cshtml](http://www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/liveuebertragung/index.cshtml)

Wissenschaft, aber auch in anderen Bereichen eingesetzt. Grundsätzlich arbeiten alle Programme nach einer von zwei Varianten. Zum einen sprecherabhängige Software, die von einer Stimme trainiert wird und so eine Genauigkeit von 99 Prozent liefert. Zum anderen die sprecherunabhängige Software, die das Gesagte überträgt, ohne die Stimmen und Dialekte vorher zu kennen. Letztgenannter Ansatz ist zwar vielseitig verwendbar, verständlicherweise aber auch weniger präzise, wobei Künstliche Intelligenz und Cloud-Anwendungen die Trefferrate in den letzten Jahren gesteigert haben.

Für den Einsatz im Sächsischen Landtag kam nur ein sprecherunabhängiges System infrage. Andernfalls hätte man die Stimmen aller Abgeordneten vorab aufzeichnen und das System daran trainieren müssen. Einen Partner für

dieses Projekt fanden Kilian Kindler und sein Team 2017 im Dresdner Fraunhofer-Institut für intelligente Analyse- und Informationssysteme. »Die Wissenschaftler hatten eine Lösung, wofür sie noch kein richtiges Problem hatten. Wir hatten wiederum ein Problem und waren auf der Suche nach einer Lösung«, beschreibt Kindler den Anfang der fruchtbaren Zusammenarbeit.

### Sprachtraining für Datenbanken

Damit die programmierte Software trotz des sprecherunabhängigen Ansatzes optimal arbeitet, schickte man ihre Wortschatzdatenbanken zunächst zum Training. Die Wissenschaftler fütterten die Sprachdatenbanken mit Tonmitschnitten zurückliegender Plenardebatten und ließen sie zugleich die dazugehörigen Protokolle lesen. Zusätzlich lernte die Software aus Standardwörterbüchern, Lexika und anderen Quellen.

Sächsische Ortsnamen, die richtige Schreibweise der Abgeordneten und andere Eigennamen flossen ebenfalls in das digitale Hirn der Datenbanken. Zu guter Letzt erhielt das Programm noch eine Unterweisung im sächsischen Dialekt.

Nach dem umfassenden Trainingslager ging es für die Spracherkennung in die Praxis, zunächst testweise im Mai 2018. Dazu bauten Techniker einen Server auf, der aus dem Tonsignal einen Textstrom für die Internetseite des Landtags erzeugt. Mit der ersten Sitzung der 7. Wahlperiode ging die Liveuntertitelung auf Sendung.

Seitdem können Benutzer unter der Internetadresse des Sächsischen Landtags nicht nur die Videoübertragung des Plenums verfolgen, sondern das gesprochene Wort als Echtzeit-Text mitlesen. Besonders für Gehörlose oder Hörgeschädigte stellt dies einen immensen Zugewinn dar, denn sie können das Plenargeschehen damit uneingeschränkt und sofort erleben.

### Ständige Weiterentwicklung

Wie bei einem Schüler, muss auch die Software nach ihrem Start immer noch und ständig weiter lernen. So sind Punkt- und Kommasetzung erst in einer Vorversion fertig und werden erst in einiger Zeit zur Verfügung stehen. Unterschiedliche Aussprachen gleicher Begriffe sowie neu aufkommende Wörter bleiben eine ständige Herausforderung, genauso wie neue Rednerinnen und Redner. Dennoch kann man schon heute sagen, dass die Software aus dem Alltag des Parlaments nicht mehr wegzudenken ist. Sie schließt eine wichtige Lücke im Kommunikationsauftrag des Landtags.

Die Liveuntertitelung zeigt darüber hinaus, welches Potenzial der technische Fortschritt bietet. Künstliche Intelligenz kann sehr viel. Sie kann auch dabei helfen, dass benachteiligte Menschen Teilhabe und Unterstützung erfahren.



// Um weiterhin verlässlich seine verfassungsmäßigen Aufgaben ausüben zu können, darunter Gesetzgebung und Regierungskontrolle, traf der Sächsische Landtag in der Corona-Pandemie auch Vorkehrungen in eigener Sache. //

Fotos: S. Floss

# Der Landtag während der Corona-Pandemie

Dr. Thomas Schubert

Als wichtigster demokratischer Versammlungsort im Freistaat Sachsen ist der Sächsische Landtag direkt von der Corona-Pandemie berührt. Schließlich treffen in Dresden nicht nur regelmäßig 119 Abgeordnete zusammen, auch die Mitglieder der Staatsregierung und zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus unterschiedlichen Bereichen, darunter der Landtagsverwaltung, den Fraktionen oder den Ministerien, verkehren im Zuge ihrer täglichen Arbeit im Landtagsgebäude. Keineswegs verstoßen diese Zusammenkünfte gegen die Corona-Schutz-Verordnung, so wie auch andere unvermeidbare Zusammenkünfte in Betrieben oder Behörden das nicht tun, wiewohl verlangen sie allen Seiten eine erhöhte Vorsicht ab.

## Plenarsitzungen

Die Plenarsitzungen stellen in der Corona-Pandemie eine besondere Herausforderung dar, treffen hier doch in Normalzeiten rund 200 Menschen aufeinander, Abgeordnete wie Mitarbeiter. Ein geeignetes Mittel, um die Zahl der Anwesenden zu reduzieren und die nötigen Abstände zu wahren, ist das sogenannte Pairing. Pairing-Abkommen sind in Parlamenten althergebracht. Es sind für gewöhnlich Absprachen zwischen Regierungs- und Oppositionsfraktionen, um jederzeit bei Abstimmungen die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse zu gewährleisten. Pairing-Modelle können aber auch in Sondersituationen wie dieser genutzt werden, um ein zeitweilig »verkleinertes« Parlament und damit einen besseren



// Reduzierte Sitzordnung am 29. April 2020 entsprechend den Fraktionsstärken

Infektionsschutz zu ermöglichen. So nutzt der Deutsche Bundestag gegenwärtig ebenfalls dieses Verfahren.

Für seine 9. Sitzung am 29. April 2020 hat sich das Präsidium des Landtags darauf verständigt, dass alle Fraktio-

nen den Infektionsschutz stärken und freiwillig mit weniger Abgeordneten teilnehmen – insgesamt 60 anstatt 119 Abgeordnete, selbstverständlich unter Wahrung der politischen Kräfteverhältnisse. Mit dem Pairing-Verfahren kann der



Foto: O. Killig (r. o.)

Landtag im Plenarsaal während der Corona-Pandemie die erforderlichen Sicherheitsabstände gewährleisten. »Der Landtag ist so auch in schwierigen Zeiten handlungsfähig: Die Regierung kann vom Parlament unterstützt, kritisiert und kontrolliert werden«, erklärt Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler.

## Präsidium und Ausschüsse

Der Plenarsaal ist momentan wohl der meistgenutzte Raum im Landtag. Unter anderem das Präsidium und die Ausschüsse des Landtags sind größtenteils hierhin »umgezogen«. Mit der räumlichen Gegebenheit können im Plenarsaal mit dem erforderlichen individuellen Mindestabstand die Beratungen des Präsidiums sowie die öffentlichen Sitzungen und Anhörungen der Ausschüsse gut absolviert werden.

Während die Ausschüsse Anfang April 2020 ihre Arbeit erheblich reduziert hatten, wird die Ausschussarbeit fortan wieder voll aufgenommen. Jedoch gelten besondere Schutzmaßnahmen. Neben der räumlichen Distanzierung führen die Ausschüsse teilweise schriftliche Anhörungen durch. So soll unter anderem die Reisetätigkeit der Sachkundigen begrenzt werden. Auch finden in einigen Ausschüssen Audio- oder Videokonferenzen zum Zweck des internen Informationsaustauschs statt. Online-Ausschusssitzungen sind nach der Geschäftsordnung des Landtags schließlich nicht möglich (siehe Artikel S. 10/11 in diesem Heft).

Sollte dieser Weg aufgrund fehlender politischer Einigkeit zwischen den Fraktionen verbaut oder aber die Vollversammlung des Plenums nötig sein, dann bleibt zum Schutz aller Anwesenden nur der Gang in ein größeres Quartier. Das war bei der Sondersitzung am 9. April 2020 notwendig, als der Landtag im Internationalen Kongresszentrum Dresden zusammentraf (siehe Berichterstattung in Heft 2/2020).

Damals trugen bereits alle Anwesenden einen Mund-Nasen-Schutz. Dabei handelte es sich überwiegend um normale Stoffmasken, nicht um in Kliniken benötigte Produkte mit medizinischem Schutzstatus. In Verbindung mit klaren Abstandsregeln und regelmäßiger Handhygiene beugen sie einer gegenseitigen Ansteckung vor.



## Landtagsgebäude und Besuchergruppen

Seit Mitte März kann das Parlament leider keine Besuchergruppen mehr willkommen heißen. Das ist für den Sächsischen Landtag, das offene Haus der sächsischen Demokratie, eine besonders schmerzliche Maßnahme. Gerade die Frühjahrszeit nutzen üblicherweise viele Menschen für einen Besuch in der Landeshauptstadt und im Sächsischen Landtag. Mit der zeitweiligen Schließung für den Publikumsverkehr folgt der Landtag den allgemeingültigen Regelungen und versucht, die Bürger vor einer Ansteckung zu bewahren und zugleich den Parlamentsbetrieb aufrechtzuerhalten. Ebenso mussten viele öffentliche Veranstaltungen des Landtags

abgesagt werden, Delegationsreisen wurden verschoben oder gestrichen.

Einzelbesuchern wird der Zugang zum Landtagsgebäude nur noch im Ausnahmefall und unter Einhaltung entsprechender Hygienevorschriften ermöglicht. Voraussetzung ist unter anderem eine schriftliche Erklärung, keinen persönlichen Kontakt zu einer mit dem Coronavirus infizierten Person gehabt zu haben und keine grippeähnlichen Symptome aufzuweisen. Allen Personen, die das Haus betreten, begegnet zudem bereits im Eingangsbereich die Aufforderung zur Handdesinfektion. Neben räumlicher Distanz sind schließlich Handhygiene und Niesetikette zwei wichtige Verhaltensweisen, um die Ausbreitung des Virus einzudämmen.



// Desinfektion des Rednerpults nach jedem Wortbeitrag





// Höhne, Erich & Pohl, Erich: Dresden, Königsbrücker Straße 84, Soldatenheim (1946 – 1952 Sitz des Landtags, heute Goethe-Institut). // Foto: © SLUB / Deutsche Fotothek

*Dr. Janosch Förster*

# Das Konsens-Parlament

Studie zum sächsischen Landtag 1946 bis 1952 erschienen

Gegen Ende der Weimarer Republik flogen im sächsischen Landtag nicht nur Hasstiraden, sondern auch Tintenfässer durch den Plenarsaal. Die Hammer schläge des Präsidenten konnten nur mit großer Not die Ordnung wieder herstellen. Im Plenum saßen damals einige Abgeordnete, die nicht ahnten, dass sie rund 15 Jahre später die Chance bekommen würden, den sächsischen Landesparlamentarismus neu aufzubauen. Dass dieses Nachkriegsparlament nach den Erfahrungen aus »Weimar« und den bitteren Erlebnissen des Zweiten Weltkriegs ein anderes sein sollte, lag auf der Hand. Abgeordnete wie die Sozialdemokraten Erwin Hartsch und Erich Zeigner, die Liberalen Hermann Kastner und Johannes Dieckmann oder die Kommunistin Margarete Groh

// Der Sächsische Landtag förderte ein Forschungsprojekt der TU Dresden, das die Geschichte der sächsischen Landtage vom Mittelalter bis heute erforschte. Der Landtagskurier stellt unter der Rubrik »Geschichte« die in der Reihe »Studien und Schriften zur Geschichte der Sächsischen Landtage« erschienenen Bücher vor. //

gehörten zu jenen, die bereits vor 1933 im Dresdner Ständehaus gewirkt hatten. Im November 1946 zogen sie nun in das ehemalige Soldatenheim in der Königsbrücker Straße in Dresden ein, das dem sächsischen Landtag von 1946 bis 1952 als Tagungsort dienen sollte.

Bisher war über dieses sächsische Nachkriegsparlament nur wenig bekannt. Die DDR-Geschichtsschreibung bezeichnete es als Teil einer »antifaschistisch-demokratischen«

später »sozialistischen« Revolution. In der bundesrepublikanischen Geschichtsschreibung hingegen galt es als Teil einer nur scheinbar demokratischen Fassade, hinter der sich die kommunistische Diktatur durchsetzen ließ. Jetzt liegt eine umfassende, von Edith Schriefl im Rahmen des Projekts »Geschichte der sächsischen Landtage« verfasste Publikation vor, die diese kurze Epoche der Landtagsgeschichte einer vorurteilsfreien und theoretisch fundierten Analyse unterwirft.

## Wille zum Konsens

Ihr Ergebnis: Der Wunsch, in der Notlage nach dem Kriegsende einen möglichst breiten Konsens im Parlament herzustellen, entsprang nicht allein dem Zwang der sowjetischen Militäradministration, sondern auch den Erfahrungen der Akteure mit dem Weimarer Parlamentarismus und dem Glauben, auf diesem Wege einen ganz neuen, innovativen, auf Einheitlichkeit beruhenden Parlamentarismus umzusetzen. Jene alten »Weimarer« Regeln, die nützlich waren, um die Ordnung aufrechtzuerhalten, wurden jedoch übernommen.

In einer umfassenden Einleitung stellt die Autorin ihren Forschungsansatz, ihr theoretisches Fundament und ihren umfangreichen Quellenkorpus

vor. Insbesondere erläutert sie den von Silke Marburg und der Autorin selbst entwickelten methodischen Ansatz einer »Ökonomie der Offenheiten«. Im ersten Kapitel beschreibt Schriefl auf dieser konzeptionellen Basis die Konstituierung des Landtags. Dabei geht sie auf die vorbereitende Beratende Versammlung ebenso ein wie auf die Entstehung des Parteienblocks. Bei Letzterem handelte es sich um ein Gremium, dem die Partei- und Fraktionsvorsitzenden angehörten und dessen Ziel unter anderem darin bestand, einheitliche Abstimmungen im Landtag vorzubereiten. Ebenso beschäftigt sich Schriefl mit den Wahlen von 1946 sowie der sozialen, regionalen und politischen Herkunft der Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Auch auf die Herausbildung von Strukturen innerhalb der Institution und auf den Tagungsort geht sie ein.

## Unterschiedliche Parlamentskonzepte

Im dritten Kapitel eröffnet die Autorin das Spannungsfeld unterschiedlicher Parlaments-

konzepte, die im sächsischen Nachkriegslandtag wirksam waren. Sie zeigt damit, dass eindimensionale Erklärungsmuster für die frühe Phase der Landtage in der Sowjetisch Besetzten Zone (SBZ) nicht ausreichen. Schriefl beschreibt nacheinander »Das genügsame Parlament« mit dem Schwerpunkt auf seiner Selbstverwaltung unter den prekären Gegebenheiten der Nachkriegszeit, sodann das »sichernde Parlament«, wie es sich in der im Februar 1947 in Kraft getretenen Verfassung zumindest auf dem Papier darstellte. Im Abschnitt »Das demütige Parlament« analysiert Schriefl die Beziehungen des Landtags zur sowjetischen Besatzungsmacht. Im Abschnitt »Das überkommene Parlament« setzt sie sich, wie bereits skizziert, mit der Frage nach Tradition, Kontinuität bzw. Diskontinuität in Bezug auf den Weimarer Parlamentarismus auseinander. Im letzten, umfangreichsten Abschnitt dieses Kapitels schließlich analysiert sie unter dem Schlagwort »Das einheitliche Parlament« den zentralen Nexus zwischen der sogenannten Blockpolitik und dem Landtag, wobei sie den

bisherigen historiografischen Narrativen mit ihrer auf breiter Quellenbasis beruhenden, differenzierten Darstellung entgegnet.

Im letzten, vierten Kapitel der Arbeit schließlich schildert die Autorin die spätestens mit der Gründung der DDR 1949 einsetzenden Verschiebungen im Spannungsfeld der beschriebenen Parlamentskonzepte. Sie thematisiert den Bedeutungsverlust des Landtages ebenso wie personelle Veränderungen unter den Abgeordneten. Ebenso kann sie zeigen, warum die 1952 erfolgte Auflösung der Landesparlamente von den meisten Abgeordneten nicht als Scheitern empfunden wurde, sondern sie sich damit arrangieren konnten, ihre Erklärungs- und Beratungsfunktion nun in andere Institutionen überzuleiten.

## Kein sinnentleertes Parlamentsschauspiel

In ihrer Dissertationsschrift, die 2019 an der TU Dresden mit der Bestnote angenommen wurde, zeigt Edith Schriefl, dass es den Akteuren im sächsischen Landtag bis zum Schluss ge-

Das Buch von Edith Schriefl: »Versammlung zum Konsens. Der sächsische Landtag 1945–1952« ist als siebenter Band der Reihe »Studien und Schriften zur Geschichte des sächsischen Landtages« im Jan Thorbecke Verlag erschienen und im Buchhandel erhältlich.



lang, drohende Lücken in der Sinnhaftigkeit des eigenen Handelns durch Kontinuitätsbehauptungen, durch Verweis auf die Vorgaben der Besatzungsmacht oder durch Auslagerung von Konflikten in den Parteien-Block zu schließen. In Anbetracht der chaotischen Szenen im Ständehaus vor 1933, die vielen Parlamentariern noch in Erinnerung waren, und der Not, die sie im darauffolgenden Terror des Nationalsozialismus erleiden mussten, scheint es verständlich, dass die Sehnsucht nach Konsens bei der Mehrzahl der Abgeordneten groß war. Hinter der Fassade des Dresdner Soldatenheims spielte sich daher weit mehr ab als nur ein sinnentleertes Parlamentsschauspiel.

Insgesamt präsentiert sich die Studie »Versammlung zum Konsens« sowohl als lesenswerter Beitrag zur sächsischen Parlamentsgeschichte und zur Geschichte der SBZ bzw. der frühen DDR als auch als theoretische Grundlage für eine neue, vorurteilsfreie Perspektive auf nur scheinbar irrelevante »Schein-Parlamente«.

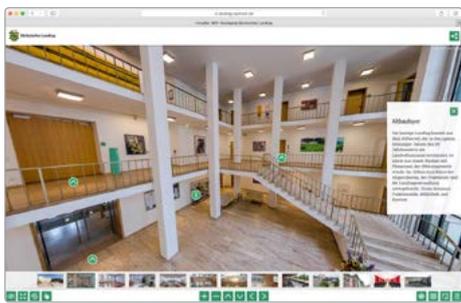
// Höhne, Erich & Pohl, Erich: Dresden, Königsbrücker Straße 84, Soldatenheim, Konstituierende Sitzung des Landtages nach den Wahlen zur Nationalen Front im November 1950, 4. November 1950 // Foto: © SLUB / Deutsche Fotothek



## SERVICE

### Virtueller Besuch im Parlament

In den Frühlingsmonaten kommen für gewöhnlich zahlreiche Schulklassen und Besuchergruppen nach Dresden, um an einer Führung durch den Sächsischen Landtag teilzunehmen. Im Moment ist eine Besichtigung des Gebäudes jedoch nicht möglich. Auf einen Rundgang muss deshalb aber niemand verzichten. Auf unserer Internetseite können Besucher an einem virtuellen Rundgang teilnehmen und sich per Mausclick durch den Plenarsaal, das Bürgerfoyer, das Amtszimmer des Präsidenten und viele weitere Räume bewegen. Noch intensiver erlebt man die virtuelle Führung mit einer 3D-Brille oder, mit einem entsprechenden Adapter, auf dem Smartphone.



MEHR INFORMATIONEN: [www.landtag.sachsen.de/de/landtag/landtagsgebaeude/panorama/panorama/landtag.html](http://www.landtag.sachsen.de/de/landtag/landtagsgebaeude/panorama/panorama/landtag.html)

### Videoführungen mit Jugendreporter

Wer mehr über den Sächsischen Landtag erfahren möchte, kann sich auf der Videoplattform YouTube an die Fersen von Benedict Bartsch heften. Der Jugendreporter führt mit sympathischer Stimme und einladender Gestik durch das Parlament. Mit der Kamera begibt er sich nicht nur an bekannte, sondern auch eher unbekannte Orte. So meldet sich der Nachwuchsjournalist aus der Bibliothek, dem Tonstudio oder dem »Raum der Stille« und heißt die Zuschauer von der Dachterrasse aus willkommen. Beeindruckende Luftaufnahmen runden den Reportagerundgang ab, der selbst treuen Besuchern neue Perspektiven bieten dürfte.



MEHR INFORMATIONEN:  
Sächsischer Landtag auf [www.youtube.com](http://www.youtube.com)

### Publikationen ins Haus liefern

Gedruckte Kurzführer und Informationsblätter, Fest- und Gedenkschriften, Beiträge zur Landtagsgeschichte und vieles mehr können Interessierte bei unserem Publikationsservice bestellen. Wir versenden unsere Druckerzeugnisse kostenfrei an Einzelpersonen, an Träger politischer Bildung sowie an öffentliche Einrichtungen. Eine Übersicht zu allen bestellbaren Informationsbroschüren und Heften des Landtags führt unsere Internetseite auf.



MEHR INFORMATIONEN:  
[www.landtag.sachsen.de/de/service/publikationen/index.cshtml](http://www.landtag.sachsen.de/de/service/publikationen/index.cshtml)



[www.landtag.sachsen.de/de/service/publikationen/index.cshtml](http://www.landtag.sachsen.de/de/service/publikationen/index.cshtml)



[www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/index.aspx](http://www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/index.aspx)



Der Sächsische Landtag auf Twitter: [twitter.com/sax\\_lt](https://twitter.com/sax_lt) und auf Instagram: [instagram.com/sachsen\\_landtag](https://www.instagram.com/sachsen_landtag)

### Plenarsitzungen des Sächsischen Landtags

10. – 11.06.2020  
Beginn jeweils 10 Uhr  
(Änderungen vorbehalten)

Weitere Plenarsitzungen sind vorgesehen am:  
15. – 16.07.2020  
01.09.2020  
30.09. – 01.10.2020

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream mit Untertitelung auf [www.landtag.sachsen.de](http://www.landtag.sachsen.de).

Auch Tagesordnungen, Wortprotokolle und Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt.

Weiterhin werden die Aktuellen Debatten der Plenarsitzungen auch im Regionalfernsehen ausgestrahlt.

Im MDR-Radio werden die Landtagsdebatten zudem live und digital auf DAB+ auf dem Kanal MDR SACHSEN EXTRA übertragen.



### Weitere Informationen des Sächsischen Landtags

#### Fraktionen

CDU  
Tel. 0351 493-5601  
AfD  
Tel. 0351 493-4201  
DIE LINKE  
Tel. 0351 493-5800  
BÜNDNISGRÜNE  
Tel. 0351 493-4800  
SPD  
Tel. 0351 493-5700

#### Besucherdienst

Anmeldungen für die Besucherbetreuung und den Besuch von Plenarsitzungen erfolgen unter Tel. 0351 493-5132.

Der Sächsische Landtag ist für Besucher bis auf Weiteres geschlossen.  
Beachten Sie bitte die Meldungen auf der linken Seite.

Kein Zugang für elektronisch signierte sowie verschlüsselte elektronische Dokumente.

Eine elektronische Version des Landtagskuriers finden Sie unter [www.landtag.sachsen.de/aktuelles/Landtagskurier](http://www.landtag.sachsen.de/aktuelles/Landtagskurier).

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei.

#### Publikationsbestellung und Leserbriefe

Sächsischer Landtag  
Stabsstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit,  
Protokoll, Besucherdienst  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden  
Tel. 0351 493-5133, [publikation@slt.sachsen.de](mailto:publikation@slt.sachsen.de)  
[www.landtag.sachsen.de](http://www.landtag.sachsen.de)

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig, ebenso die entgeltliche Weitergabe der Publikation.

Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Dr. Matthias Röbler vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag | Redakteur: Dr. Daniel Thieme, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Anne-Marie Brade, Katja Ciesluk, Dirk Förster, Heiner Ridder (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.) | Textbearbeitung und Gestaltung: Ö GRAFIK, Wittenberger Straße 114 A, 01277 Dresden | Druck und Vertrieb: SDV Direct World GmbH, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden | Redaktionsschluss: 05.05.2020

Gastautoren: Janina Wackernagel (Sächsischer Landtag), Dr. Janosch Förster (TU Dresden)

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten. Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder.